Die Vereinbarung von Danzig

Das überbetriebliche Streikkomitee in Danzig und die polnische Regierungsdelegation unter dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Jagielski haben sich – abgesehen von den bereits am Samstag paraphierten beiden ersten Punkten über unabhängige Gewerkschaften und das Streikrecht – am Sonntag laut dpa auf folgende Vereinbarung geeinigt:

Punkt 1 und 2 enthalten die bereits am Samstag paraphierte Vereinbarung.

3. Innerhalb von drei Monaten soll ein Gesetz über die Zensur ausgearbeitet werden. Ein Verwaltungsgericht wird entscheiden, was publiziert wird, um Staats- und Wirtschaftgeheimnisse zu wahren.

4. Arbeiter, die in der Vergangenheit an Streiks teilgenommen haben, sollen sofort wiedereingestellt werden, wenn sie keine kriminellen Handlungen begangen haben. Innerhalb von zwei Wochen soll es Revisionsverfahren für die Fälle geben, die nach Auffassung der Streikenden politischen Hintergrund haben.

Das überbetriebliche Streikkomitee forderte außerdem, daß die Personen, die in Warschau und Danzig während des Streiks festgenommen wurden, wieder freigelassen werden. Jagielski versprach dazu eine Überprüfung. Streikführer Lech Walesa versichert: „Wenn die Leute nicht freigelassen werden, streiken wir wieder."

5. Die Forderungen des Streikkomitees sollen veröffentlicht werden.

6. Die Regierung wird bekanntgeben, wie die Wirtschaftsreformen durchgeführt werden. Sie wird den Betrieben größere Freiheit in der Planung geben. Die Regierung wird verpflichtet, alle Informationen über die Wirtschaftsplanung zu veröffentlichen.

7. Die Streikenden erhalten für die Zeit der Arbeitsniederlegung Gehalt in der Höhe des Urlaubsgeldes, verpflichten sich jedoch gleichzeitig, die durch den Streik entstandenen wirtschaftlichen Verluste innerhalb von drei Monaten aufzuarbeiten.

8. Alle Arbeiter steigen um eine Stufe in der Lohntabelle. Außerdem soll bis zum 30. Oktober eine Lohnerhöhung für die Niedrigverdiener ausgearbeitet und bis zum 1. Januar 1981 verwirklicht werden.

9. Ein Inflationsausgleich wurde zugesagt.

10. Die Fleischversorgung soll bis zum 31. Dezember 1980 verbessert werden. Exporte sollen reduziert und der Import erhöht werden. Es wird erwogen, Lebensmittelkarten für Fleisch einzuführen.

11. Die sogenannten „kommerziellen Läden" für Fleisch, die ihr Ware zu überhöhten Preisen verkaufen, werden abgeschafft.

12. Die Kriterien für Personaleinstellungen richten sich nur nach der Qualifikation und nicht nach der Parteimitgliedschaft.

13. Die Gewerkschaften werden prüfen, ob es Privilegien für Parteimitglieder und die Miliz gibt (Jagielski versicherte, es gäbe keine).

14. Das Rentenalter soll an schweren Arbeitsplätzen herabgesetzt werden. Bis zum 31. Dezember 1980 wird entschieden, wo das der Fall sein kann. Eine solche Frühpensionierung soll nur auf ausdrücklichen Wunsch des Arbeiters erfolgen.

15. Die Regierung wird sicherstellen, daß jeder Rentner das soziale Renten-Minimum erhält.

16. Die Verbesserung der medizinischen Versorgung ist zugesagt.

17. Die Zahl der Plätze in Kindergärten und Kinderkrippen wird erhöht, ein Bericht dazu wird bis zum 31. Dezember ausgearbeitet.

18. Drei Jahre Mutterschaftsurlaub werden vom ersten Halbjahr 1981 an gewährt. Das erste Jahr wird voll bezahlt, das zweite und das dritte Jahr zu 50 Prozent.

19. Die Regierung wird bis zum 31. Dezember 1980 untersuchen, wie die lange Wartezeit für Wohnungen verkürzt werden kann.

20. Das Tagegeld bei Dienstreisen wird erhöht (Bericht bis zum 31. Oktober). Das Trennungsgeld wird ab 1. Januar 1981 angehoben.

21. Die Zahl der freien Samstage soll erhöht werden (Bericht bis zum 31. Dezember 1980). (FR)